

Links wählen – wann, wenn nicht jetzt!

Am 13. September wird auch in Solingen gewählt. Mitglieder der DKP kandidieren wieder auf der Liste der Partei DIE LINKE für den Rat der Stadt und für Bezirksvertretungen. „Gemeinsam sind wir stärker“, das ist für uns für die Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE maßgeblich. Gemeinsam, das hat sich bewährt. Es ist daraus eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit geworden.

Die Stadt ächzt unter ihrem Schuldenberg. Die finanzielle Selbstständigkeit ist ihr genommen, ohne den Segen der Bezirksregierung läuft gar nichts. Mehr noch: Die Stadt wurde zu weitreichenden Maßnahmen gezwungen wie Schließung öffentlicher Einrichtungen, Abbau von Leistungen, Gebührenerhöhungen. Selbst die Familienbetreuung und die Jugendhilfe blieben nicht verschont. Aber am Schuldenberg hat sich nichts verändert.

Ja, es stimmt. Vieles ist geschehen in der Stadt, was wir gut finden: Das neu gebaute Hallenbad zum Beispiel, die Sanierung der Schulen für viele Millionen, auch die Grundsanierung des Hauses der Jugend ist zu erwähnen.

Trotzdem sind wir weit davon entfernt, eine soziale Stadt zu sein. Die Gegensätze fallen ins Auge. Die Schar der Millionäre hat sich nach der Finanzkrise vergrößert, aber auch die Zahl der prekär Arbeitenden, der Hartz-IV-Empfänger, der Aufstocker. Kurzarbeit in Corona-Zeiten betrifft 40 % der Beschäftigten. Die Zahl der Menschen, die zur Tafel gehen müssen, um sich satt zu essen und auch um einen sozialen Kontakt zu haben, ist größer geworden. Nahezu jedes 5. Kind lebt unter Armutbedingungen.

Ansätze einer Verkehrswende sind nicht in Sicht. Der Bestand an öffentlich gefördertem Wohnraum nimmt stetig ab. Gebaut werden vorwiegend hochpreisige Wohnungen für Betuchte und Investoren. Unsere Forderung nach städtischem Wohnbau läuft ins Leere. Die Stadt knickt ein vor den Baulöwen, die viel Geld von Investoren und Fonds im Hintergrund haben. Diese bestimmen die Baupolitik in der Stadt. So kommen wir nicht zu dem Ziel, 30 % bezahlbaren, öffentlich geförderten Wohnraum zu erreichen.

Die Liste könnte fortgesetzt werden. Da wäre noch das Klinikum. Die warnenden Stimmen der Beschäftigten, die sich um ihre Zukunft sorgen, sollten gehört werden. Aber das Gesundheitswesen muss Profit abwerfen, „alles muss sich rechnen“, das vertritt eine große Mehr-

heit in der Politik, einschließlich des Oberbürgermeisters.

Ganz selbstgefällig hat die Ratsmehrheit es auch abgelehnt, den Klimanotstand für Solingen anzuerkennen. Auch hier fanden die AktivistInnen von „Fridays for future“ bei den Linken starke Verbündete.

Die Stadt hätte es verdient, aus ihrer misslichen Lage herauszukommen. Aber Corona macht alles noch schwieriger. Die Chance, einen Schuldenschnitt für die Kommunen vorzunehmen, wurde durch die große Koalition verhindert. Die Stadt wird auf Folgekosten der Krise sitzen bleiben: das Riesenloch in der Gewerbesteuer und auf den steigenden Sozialkosten.

Die DKP unterstützt das Programm der LINKEN. Ziel ist, eine starke, unabhängige, soziale, auf eine Verkehrswende orientierte, antirassistische, alternative Stadtgesellschaft. Ohne Illusionen, denn im Kapitalismus gibt es eben den Gegensatz zwischen Arm und Reich, und die Schere öffnet sich immer weiter. Und oben, da sitzen die Vertreter des „großen Geldes“, die weiterhin maßgeblich die Geschicke unseres Landes bestimmen, mit ihren Heerscharen von Lobbyisten und Abgesandten in Politik und Medien. Aber gemeinsam bohren wir an dem dicken Brett.



Städtisches Klinikum: Der Neue soll's richten

Jetzt hat er schon die ersten Arbeitswochen hinter sich, der neue Geschäftsführer des Solinger Klinikums, Herr Dr. Eversmeyer. Er kommt als Sanierer und soll das Klinikum aus dem Defizit führen. Das hat er auch mit dem ebenfalls kommunalen Krankenhaus in Herford getan.

Viele seiner Ideen sind gut. Vor allem will er auf die Betroffenen hören und Anregungen aus ihrem Kreis, die bisher nicht aufgegriffen und umgesetzt wurden, anpacken. Da sieht er viele Möglichkeiten. Was das betrifft, gibt er der bisherigen Führung einschließlich des Aufsichtsrates keine guten Noten. Positiv wäre auch zu vermelden, dass er kein Privatisierer ist. Das Klinikum soll in kommunaler Hand bleiben, wengleich Auslagerung von Abteilungen kein Tabu für ihn sind.

Inwieweit er sich den übergeordneten Zwängen, wie dem Krankenhausplan der CDU/FDP, nur noch auf Schwerpunktkliniken zu orientieren, widersetzt, das wird sich zeigen. Setzen sich diese Pläne durch, dann könnte das Aus für das Klinikums kommen oder es sich verwandeln in ein klein geschrumpftes Notfallkrankenhaus.

Einen Mitstreiter für ein solidarisches Non-Profit-Gesundheitswesen, für Gesundheitseinrichtungen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle haben wir in ihm nicht. Dafür ist er nicht gekommen. Auch für ihn muss sich „alles rechnen“. Aber er ist kein Knallharter, vielleicht ein Harter in Filzpantoffeln.



Protest der Beschäftigten gegen die Ausgliederung von Abteilungen aus dem Städtischen Klinikum

Die Beschäftigten müssten auf der Hut sein und sich einmischen. Das wird nicht einfach sein. Viele haben das Vertrauen in Gremien und Politik verloren und resignieren. Das ist zu verständlich. Die Angst vor dem Aus lähmt. Beschwichtigende Worte des Oberbürgermeisters lassen die Hoffnung aufkommen: So schlimm wird's nicht werden. Dem Betriebsrat und der Gewerkschaft ist zu wünschen, dass es weiterhin Zusammenhalt und Widerstand in der Belegschaft gibt. Unsere Solidarität gibt es auf jeden Fall!

Fünf Jahre erfolgreiche Arbeit in der Bezirksvertretung Solingen-Wald

Der Anfang: Walter Herbst wurde bei der Kommunalwahl 2014 auf der Liste der Partei Die Linke in die Bezirksvertretung Solingen-Wald gewählt.

Als der älteste der Gewählten (der Altersvorsitzende) eröffnete er die konstituierende Sitzung und verpflichtete nach ihrer Wahl die Bezirksbürgermeisterin Birgit Zeier (SPD) auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und auf die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen.



**21. UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST DER DKP**

**DAS FEST DES FRIEDENS
UND DER SOLIDARITÄT**

NEUER TERMIN!

27. – 29. AUGUST 2021

Das Kommunalwahlprogramm der AfD Solingen – der „Flügel“ lässt grüßen

Frank Knoche hat für den Solinger Appell am antifaschistischen Ratschlag der VVN/BdA teilgenommen und dort seine Analyse des AfD Kommunalwahlprogrammes vorgestellt. Da er alle TeilnehmerInnen gebeten hat seinen diesbezüglichen Artikel weiter zu verbreiten, drucken wir ihn mit seiner Genehmigung ab.

Zu den kommenden Kommunalwahlen hat die AfD ein Wahlprogramm für Solingen herausgegeben. Die Inhalte machen auf erschreckende Weise deutlich, wie nah die Inhalte den rechtsradikalen Ansichten von Höcke, Kalbitz und Co. sind. Da wird postuliert, Daseinsvorsorge sei die originäre Aufgabe der Stadt, aber: „Die Versorgung von Migranten gehört nicht zu den originären Aufgaben der Kommunen“, so heißt es wörtlich. Eine solche Haltung würde bedeuten, dass wir 35 Prozent der Solinger Bevölkerung nicht mehr „versorgen“ und aus der städtischen Zivilgesellschaft ausschließen müssten. Aus der Schule sollen die „Flüchtlings-, Asylbewerber- und Zuwanderer-Kinder auch entfernt werden, denn laut AfD „darf (der Regelunterricht) nicht unter der Beschulung“ derselben „leiden“. Etwas verklausulierter fordert die AfD hier, was die NPD „Ausländerfreie Zonen und Städte“ nennt. Selbst der oder die Dümme müsste begreifen, dass dies der Ruin unserer Klingensstadt wäre. Allein wenn man die Auswirkung auf den Arbeitsmarkt betrachtet, wären dann große Solinger Firmen wie Haribo, Kronprinz, Wilkinson, BIA usw. wegen Arbeitskräftemangels nicht mehr konkurrenzfähig.

Weiter schildert die AfD in ihrem Wahlprogramm Solingen als eine Stadt, die von Kriminellen, marodierenden

Jugendbanden, Alkoholikern, Drogensüchtigen, Messerstechern und Vergewaltigern beherrscht würde. Diese hätten sich „Parks, Spielplätze und die Innenstadt zu Eigen gemacht“. „Gewaltdelikte wie Vergewaltigung, Raub und Messerstecherei“ seien „seit dem Jahr 2015 sprunghaft angestiegen“, heißt es da. Mit dem Hinweis auf das Jahr werden unterschwellig die Flüchtlingen dafür verantwortlich gemacht. Deshalb will diese offen rassistische Partei, dass die Polizei mit dem weiter personell aufgestockten Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) „diese Räume zurückerobert“ und dafür sorgen soll, dass „die genannten Personen verdrängt werden“. Mit der Forderung, „das Konsumieren von Alkohol in der Öffentlichkeit“ zu verbieten, orientiert sie sich allerdings an einer von Islamisten in ihren sogenannten Kalifaten durchgesetzten Praxis.

Inklusion für Menschen mit Behinderungen, Frauen-Quoten und „links-grüne Gender-Ideologie“ lehnt die Solinger AfD ebenfalls ab. Dagegen solle „der Individualverkehr nicht weiter eingeschränkt“ und Parkplätze „kostenfrei“ sein. Wo die AfD Solingen sich historisch einordnet, lässt sich an dem im Programm ausgelassenen Ärger über die Umbenennung des nach Adolf Hitlers Steigbügelhalters benannten „Hindenburgplatz“ ablesen. Solche Umbenennungen würden „Andenken und die Geschichte unserer Stadt schädigen“. Wer also bei der Kommunalwahl 2020 im „Andenken“ an diejenigen, die 1933 die Nazis an die Regierung brachten, für Kriegsverbrechen und Massenmord verantwortlich waren, wählen geht, der sollte AfD wählen. Oder was soll dem Wähler dieser Bezug auf Hindenburg sagen?

Bundeswehr im städtischen Seniorenheim Elisabeth-Roock-Haus

Beängstigendes Bild

Der Verzicht auf die Besuche von Kindern, Enkeln oder Bekannten, zu wenige Pflegekräfte auf den Stationen, die tägliche Sorge um die Ansteckung mit dem Corona-Virus, das ist ein Verlust an Lebensqualität. Dann rückt die Bundeswehr an, in Uniform, an Waffen ausgebildete Soldaten.

Der Personalmangel in der Pflege ist unübersehbar deutlich, aber keine Stadt in unserer Region hat pflegebedürftige Menschen mit Soldaten in Uniform zusätzlich geängstigt. Wer trifft in unserer Stadt solche Entscheidungen? Was hätte die Namensgeberin, die frühere SPD-Oberbürgermeisterin Elisabeth Roock, dazu gesagt? Es ist ein Armutszeugnis für unsere Stadt, Pflege- und Sozialkompetenz durch Bundeswehr ersetzen zu wollen. Oder war dieser Einsatz als Sympathiewerbung für die Bundeswehr durch die Hintertür gedacht? Die Vermutung liegt nahe.



Mit einer Mahnwache riefen der Künstler Rainer Opolka und das Bündnis „Solingen ist Bunt statt Braun“ Mitte August zu friedlichem Widerstand gegen Rassismus auf. Mit dieser Form politischer Aktionskunst wurde ein klares Zeichen für Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit und die Unteilbarkeit der Menschenrechte gesetzt (siehe auch Artikel auf Seite 4).



Rolf Becker und Kai Degenhardt bei ihrem Auftritt im Rahmen der Ausstellung „Die Wölfe sind zurück“ auf dem Solinger Neumarkt

Ausstellung „Die Wölfe sind zurück“

Stark gegen Rechts

„Kunst ist nicht der Staub aus alten Bildern in hohle Schädel geblasen, sondern das was die Menschen bewegt. 66 aus Metall gegossene Wölfe wirken bedrohlich und werfen Fragen auf: Was passiert, wenn die Formen der Ordnung und des Zusammenhalts zerbrechen und Fremdenfeindlichkeit sich wie ein Virus ausbreitet? Wenn moralisch-ethische Regeln ihre Gültigkeit verlieren und die Gesellschaft zunehmend von Angst, Gewalt und Verrohung geprägt wird? Wenn blinder Nationalismus sich breitmacht? Wenn Menschen aus der Enge der eigenen Lebensverhältnisse eine Sichtweise entwickeln wie Kaninchen im Stall? Wenn Staaten, der inneren Verrohung folgend, auch nach außen aufrüsten und aggressivere Töne anschlagen würden? Was also passiert, wenn der Mensch des Menschen Wolf wird? Die Ausstellung: ‚Die Wölfe sind zurück‘ soll das zeigen und uns eine Warnung sein“, so lautete die Erklärung von „Solingen ist Bunt statt Braun“ zu der Mahnwache, die vom 12. bis 15. August auf dem Neumarkt zu sehen war.

Ein Höhepunkt war der Auftritt von Rolf Becker und Kai Degenhardt, die mit Liedern und Texten die Intention der Ausstellung unterstrichen. Trotz hochsommerlichen Temperaturen waren viele SolingerInnen zum Neumarkt gekommen, ein Ausdruck davon, dass viele in unserer Stadt antifaschistisch und antirassistisch eingestellt sind und immer wieder ihr Gesicht zeigen.

Wie wichtig eine offensive Haltung gegen Rechts ist hatten die jüngsten Äußerungen der AfD Solingen gezeigt, die Asylsuchende mit Hausmüll verglichen, der ja bekanntlich entsorgt werden muss (siehe auch Artikel zum Kommunalwahlprogramm der AfD auf Seite 3).

Auch in der Corona-Krise:

Abstand halten gegen Rechts!

Die behördlichen Maßnahmen gegen die aktuelle Corona-Pandemie bedeuten für viele Menschen gravierende Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheitsrechte im Alltag. Die Verhältnismäßigkeit und das Ausmaß der Einschränkungen werden zu Recht kritisch hinterfragt.

Viele Bürger sind verunsichert und flüchten mit ihren Fragen in obskure Online-Foren, in denen häufig wirre Verschwörungstheorien als Hilfe und Erklärung angeboten werden. Ganz vorne mit dabei sind rechte Ideologen, Neonazis, Rassisten und Rechtspopulisten, die ihre *Freiheit und Demokratie* in Gefahr sehen und einen rechten Ausweg aus der Krise anbieten. Ausgerechnet diese Kräfte mit ihrem menschenverachtenden Weltbild biedern sich den durch Corona verunsicherten Menschen als Heilsbringer an.

Auf der Demonstration in Berlin gegen Corona-Beschränkungen waren sie alle vertreten mit ihren Reichsflaggen und ihren dumpfen Parolen: Pegida, NPD, AfD, rechte Sekten und Verlage Seite an Seite mit Impfgegnern, Wutbürgern, Masken- und Abstandsverweigerern. Die Organisatoren und Unterstützer dieser Demonstrationen entstammen größtenteils dem rechten Milieu und sind in der Vergangenheit durch rassistische und flüchtlingsfeindliche Sprüche in Erscheinung getreten. Jeder, der sich in eine solche Bewegung einreicht, sollte wissen, mit wem er dort gemeinsam demonstriert. Der Versuch, neue Bevölkerungsschichten für eine Querfront-Politik zu gewinnen ist nicht neu und entstammt rechten Denkschmieden.

Wohin rechte Politik und Hass gegen Andersdenkende letztendlich führen, kann man an den beiden großen Rechtsterrorismus-Prozessen sehen, die zurzeit in Halle und Magdeburg geführt werden. Rechter Terror und faschistische Morde entstehen auf dem Boden von rechten Denkmustern und Strukturen - niemals spontan!



Weitere Informationen:
www.dkp-solingen.de

V.i.S.d.P.: Horst Krämer, Melanchthonstr. 5,
42653 Solingen

#closedbutopen*

Unter diesem Hashtag (Titel) zeigen weltweit Gedenkstätten und Museen ihre Sammlungen, um auch in diesen Zeiten ohne den laufenden Betrieb dem Publikum ihre Exponate zu präsentieren.

Der geplante Ausstellungsbeginn für die Ausstellung „...und laut zu sagen: Nein“ im Zentrum für verfolgte Künste in Solingen, am 7. Mai 2020, dem 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, wurde leider auf Grund der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das nächste Frühjahr verschoben.

63 Tafeln, fünf Medienstelen und verschiedene Ausstellungsobjekte sollen über lokale Formen, Strategien und Bedingungen des Widerstands gegen das NS-System in Solingen informieren und auch die Verfolgung in der Stadt aufzeigen. Ein besonderer Schwerpunkt der Ausstellung werden Führungen für Schulen sein, damit gerade die jungen Menschen sehen, welche Auswirkungen Rassismus und Faschismus haben können.

Bis zur Eröffnung im Frühjahr 2021 wird auf der Homepage des Vereins „Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum Solingen“ regelmäßig informiert und wöchentlich werden unter dem Hashtag #closedbutopen kleine Einblicke in unsere Ausstellung „... und laut zu sagen: Nein“ gegeben.

Bisher sind schon eine ganze Reihe von Beiträgen erschienen. Dargestellt werden u. a. die [Wahlergebnisse bis 1933](#), die [Verfolgung der Sinti und Jenischen](#), die [Deportationen](#) und das [Pogrom am Pfaffenberger Weg](#). Auch die [Zwangssterilisierungen](#) in den städtischen Krankenanstalten Solingen, dem Solinger Bethesda-Krankenhaus und anderen Hospitälern und schließlich das Massaker am [Wenzelnberg](#) werden thematisiert.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Geschichte der Verfolgung und des Widerstands in Solingen. Besonders an Biographien Solinger Bürgerinnen und Bürger, wie unter anderem [Hedwig Meyer](#), [Anne Wagner](#), [Dr. Erna Rüppel](#), [Johannes Lutze](#), [Paul Rux](#), [Max Leven](#), [Fritz Gräbe](#) und vielen anderen sollen stellvertretend die Schicksale der Verfolgten dargestellt werden. So gibt es einen Beitrag über die Walder Widerstandsgruppe um den Kommunisten Karl Bennert sowie über die „Organisation A“ eine sozialdemokratische Widerstandsgruppe.

Auch die Geschichte der elf Solinger, die ab 1936 nach [Spanien](#) emigrierten und dort im Bürgerkrieg auf republikanischer Seite kämpften, wird in einem Beitrag dargestellt.

Es werden bis zur Eröffnung noch einige Beiträge erscheinen, die Appetit auf die Ausstellung machen sollen.

* In diesem Text sind einige Begriffe und Namen blau und unterstrichen dargestellt. Wenn man auf diesen Text geht, dann erscheint ein kleines Handsymbol. Dann muss man nur noch mit der linken Maustaste auf diesen Text klicken und der kleine virtuelle Museumsrundgang kann beginnen.

In den Beiträgen finden sich teilweise auch Film- und Tondokumente.

In einigen Jahren, nach dem Neubau der Stadtparkasse Solingen, wird es im neuen Gebäude eine Bildungs- und Gedenkstätte mit eigenen Räumlichkeiten für Ausstellungen und Möglichkeiten für antifaschistische Bildungsarbeit geben. Wir beglückwünschen alle Beteiligten, die teilweise seit Jahren diesen Kampf geführt haben, zu ihrem Erfolg!

Weitere Informationen und Beiträge sind auf der Seite des Vereins „Bildungs- und Gedenkstätte Max-Leven-Zentrum Solingen“ abrufbar:

<https://max-leven-zentrum.de>



8. Mai – Tag der Befreiung

Am 8. Mai diesen Jahres gedachten VertreterInnen linker Organisationen sowjetischer und polnischer ZwangsarbeiterInnen in Solingen. Auszüge aus der Rede:

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg: Wir werben als Teil der Friedensbewegung für Abrüstung und Entspannung. Gegen atomare Aufrüstung und Anschaffung neuer Flugzeuge für den Transport von Atombomben. Deutschland muss atomwaffenfrei werden. Von Deutschland darf nur Frieden ausgehen.“

Antisemitismus ist wieder präsent. Wir unterstützen Bündnisse gegen Rechts mit allen, die antirassistisch und antifaschistisch, radikaldemokratisch und emanzipatorisch eingestellt sind. Wir verteidigen demokratische und soziale Rechte. Es sind viele, ganz unterschiedliche Menschen und Gruppen, die aktiv sind. Da macht Mut! Die Rechten werden nicht durchkommen.

Wir werben für Völkerverständigung, Respekt, Toleranz und Humanismus. Wir werben für die Gesellschaft ohne Krieg, Hass, Ausbeutung, eine Gesellschaft, in der Faschismus und Krieg keine Wurzeln mehr haben. Wir unterstützen die erfreulich vielen Initiativen, den 8. Mai zum Feiertag zu machen. Unsere Freundin und Genossin Esther Bejarano hat diese hervorragende Initiative ins Leben gerufen. Danke Esther!“

Corona: Weitere Probleme nach dem Schulstart

Nach vielen Monaten zu Hause startete am Mittwoch, den 12. August, für viele Schüler und Schülerinnen die Schule. Glaubt man der NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer, ist der Schulstart gut gelungen. Ich als Schülerin an einem Gymnasium in Solingen sehe das anders.

Probleme, die schon vor Corona deutlich zu erkennen waren, sorgen nun für eine noch größere Belastung auf Seiten der Lernenden, Lehrkräfte und teils auch der Eltern. Der gravierende Lehrermangel an weiterführenden Schulen sorgt für volle Klassen und Kurse. Da auf dem Schulgelände keine sicheren Abstände möglich sind, sind alle SchülerInnen, ausgenommen die mit ärztlichem Attest, zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes über den ganzen Tag verpflichtet. LehrerInnen sind im Klassenraum davon ausgeschlossen, solange sie den Sicherheitsabstand halten, die meisten lassen sie allerdings aus Solidaritätsgründen auch den ganzen Tag lang an. Diese Maskenpflicht ist fragwürdig: Ganz davon abgesehen, dass es mit der Zeit ungemein stickig unter so einer Maske wird, durchfeuchtet sie nach kurzer Zeit und verliert ihre Wirkung.

Das große Thema der vergangenen Jahre, die Digitalisierung, lässt noch immer zu wünschen übrig. Überall herrscht Verwirrung und Ratlosigkeit. Spezielle Geräte werden empfohlen, Eltern denken durch verwaschen formulierte Elternbriefe, sie wären dazu verpflichtet, ihrem Kind ein iPad zu kaufen und auch wenn wir dazu motiviert werden, uns Tablets anzuschaffen, sollen wir sie in manchen Fächern dann doch nicht nutzen. In der ersten Schulwoche wurde eine Umfrage gemacht, wel-



Forderungen von Schülerinnen und Schüler für eine bessere Bildung

che Möglichkeiten wir für digitalen Unterricht haben, außerdem, wem welche digitalen Endgeräte zur Verfügung stehen. „Familien ohne finanzielle Möglichkeiten zur Geräte-Anschaffung werden nicht benachteiligt!“, heißt es so schön. Und trotzdem wird uns von den Lehrkräften klipp und klar gesagt, dass wir uns noch sehr lange gedulden werden müssen, wenn wir solch ein Gerät beantragen wollen.

Unser Schulalltag ist geprägt von Unzufriedenheit und Stress. Die meisten Lehrkräfte geben sich Mühe, manche führen sogenannte Atempausen an der frischen Luft durch, wo wir in gebührendem Abstand die Maske für einige Minuten abnehmen dürfen. Doch auch sie sind überlastet und fühlen sich allein gelassen vom Land, der Regierung, dem Schulministerium.

SDAJ Solingen: Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Schüler*innen. Azubis und Studierende, junge Arbeiter*innen und organisieren uns in der SDAJ, der sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend. Unser Ziel? Eine Welt ohne Ausbeutung, Armut und Kriege. Eine Welt, in der wir uns keine Sorgen mehr machen müssen, woher wir das Geld für Nachhilfe nehmen sollen, ob wir eine Ausbildung bekommen oder wie wir unsere Miete finanzieren sollen. Eine Welt, in der UNSER Leben zählt und nicht die Profite der Reichen.



- Warum **sozialistisch**? Weil wir meinen, dass der Kapitalismus - also die Gesellschaft in der wir leben - überwunden werden muss, um diese Ziele zu erreichen. Notwendig ist eine sozialistische Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Interessen der Menschen stehen, die darin leben.
- Warum **deutsch**? Herkunft und Pass spielen bei uns keine Rolle. Was uns vereint, ist die Überzeugung, dass wir uns zunächst gegen den Kapitalismus in dem Land stellen müssen, in dem wir leben: in Deutschland.
- Warum **Arbeiterjugend**? Weil wir meinen, dass diejenigen, die arbeiten in der Gesellschaft das Sagen haben sollen und nicht diejenigen, die von der Ausbeutung Anderer leben. Zur Arbeiterjugend zählen wir jedoch nicht nur diejenigen, die heute schon arbeiten, sondern auch diejenigen, die in Zukunft arbeiten werden, also Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende.

Du hast keinen Bock auf Neonazis und Kriegshetze, dafür aber auf mehr Freizeit, mehr Mitbestimmung in Schule und Betrieb, auf ein demokratisches und friedliches Miteinander? Dann bist Du bei uns genau richtig! Lasst uns gemeinsam gegen Umweltverschmutzung, Kriege, Nazis und für unsere Rechte kämpfen! Schreib uns einfach an:

info@sdaj-solingen.com

Azubis leiden unter zunehmendem Kostendruck

In Solingen wie in ganz Deutschland liefen diesen Monat die Ausbildungen an. Nicht nur wegen der Corona-Pandemie, sondern vor allem wegen der Wirtschaftskrise sind hierzulande die Ausbildungsstellen jedoch massiv zurückgegangen. Lediglich 714 Ausbildungsplätze waren im Juli diesen Jahres bei der BA für Solingen gemeldet worden, es fehlten somit knapp 230 Stellen für die bereits im Juli gemeldeten BewerberInnen, obwohl doch das ewige Mantra in der öffentlichen Darstellung ist, dass zu wenige Leute Ausbildungen antreten.

Gleichzeitig werden die hohen Kosten für Ausbildungsmaterial weiterhin stetig auf die Auszubildenden abgewälzt und steigen sogar noch weiter an. Obwohl gerade Konzerne finanziell mehr als nur dazu in der Lage wären, das Material für die Berufsschule oder die Fahrtkosten komplett zu übernehmen, werden Auszubildende meistens komplett alleine gelassen.

Neuerdings kommen zu den stetig steigenden Fahrtkosten in vielen Bereichen auch steigende Kosten für Hard- und Software dazu. Besonders auffallend ist aber, dass hier auch die grundlegenden Anforderungen an die Auszubildenden steigen. Das bedeutet, dass wenn der Softwaremarkt eine Pro-Version der jeweils für die Ausbildung erforderlichen Software anbietet, diese auch von den Auszubildenden gekauft werden muss, um die Lernziele erreichen und am Arbeits- und Ausbildungsmarkt mithalten zu können.

Diese finanzielle Hürde ist für einige Auszubildende aus finanziell normalen oder schlechteren Verhältnissen schwer oder überhaupt nicht leistbar. Hier zeigt sich, dass der Arbeits- und Ausbildungsmarkt nach wie vor vom sozialen und finanziellen Hintergrund der Beschäftigten abhängig ist und hier eine krasse und unfaire soziale Selektion stattfindet.

Den Auszubildenden wird dann noch eingeredet, dass man mit dem Kauf der benötigten Materialien und Software ja in seine Zukunft investiere und diesen Teil der Ausbildungsvergütung „sinnvoll“ eingesetzt habe, obwohl das eigentlich Kosten sind, die die Chefs tragen müssten. Wir sehen: Die Auszubildenden werden heftig ausgebeutet und es wird ihnen dann noch eingeredet, das sei was Gutes. Das sind nur die zusätzlichen Probleme der Auszubildenden, die zu den allgegenwärtigen Angriffen auf die Arbeitsrechte und -bedingungen, den Kampf um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen treten.

Was kann man dagegen tun? Ganz einfach: Der Chef schenkt uns nichts. Was wir wollen, etwa Ausbildungsplätze, gute Löhne und die vollständige Übernahme der Ausbildungskosten durch die Bosse, müssen wir uns erkämpfen und das geht nur zusammen. Also: Ab in die Gewerkschaften, in die Jugend- und Auszubildendenvertretung und in den revolutionären Jugendverband, die SDAJ!



Stoppt die Bayer CO-Pipeline



Mit einer Mahnwache erinnerten AnwohnerInnen an die Gefahren der geplanten CO-Pipeline. Wir dokumentieren Auszüge aus der Presseerklärung der Initiativen Stopp Bayer-CO-Pipeline aus Monheim, Hilden, Langenfeld, Erkrath, Ratingen, Solingen und Düsseldorf vom 13. August 2020

„Weil niemand je in Erwägung gezogen hat, hochgiftiges CO über 67 km durch die freie Landschaft zu legen, überrumpelte Bayer im Jahr 2005 Behörden und Gesetzgeber gleichermaßen mit seinem Antrag. Das Enteignungsgesetz wurde ohne Debatte zu nächtlicher Stunde in einem fast menschenleeren Landtag beschlossen. Der Bau der Leitung begann ohne Bauüberwachung und ohne Kampfmitteluntersuchung. Bayer wich bei der Bauausführung eigenmächtig von den Genehmigungen ab und ließ die Änderungen nachträglich von der Bezirksregierung abnicken (...)

Die CO-Leitung birgt unkalkulierbare Risiken, die auch technisch nicht beherrschbar sind. Die installierte Leckerkennung beinhaltet eine große Detektionslücke, die dazu führen kann, dass tödliche Mengen CO entweichen, ohne dass sofort ein Alarm ausgelöst wird (...)

Das Land NRW mit Landtag und Landesregierung haben dem Gemeinwohl geschadet, als sie dieses Vorhaben für gemeinwohldienlich erklärt haben. Es wird höchste Zeit, diesen Fehler zu beheben.“

Friedrich Engels wird 200 Jahre alt

In diesem Jahr wäre Friedrich Engels 200 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass möchten wir dieses Mal nicht den Theoretiker, sondern den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Im September 1841 verließ Friedrich Engels seine Heimatstadt Barmen und ging nach Berlin, um dort seinen Militärdienst abzuleisten. Darüber gibt es viele vergnügliche Schilderungen, auch von ihm selbst an seine Schwester.

Liebe Marie!

Über deinen langen Brief habe ich mich sehr gefreut...und die Strafpredigt sehr rasch überlesen. (...) Ich will dir nun auch etwas von mir hier in Berlin erzählen. Zu meiner „militärischen Laufbahn“ kann ich dir mitteilen: Ich ließ mich auch von meinem Hauptmann angrunzen und rüffeln und denke: et soll wol egal sein, und dreh ihm eine Nase; und wenn er's mir zu arg macht, wie vorigen Mittwoch, wo alle andern dispensiert waren und ich allein, bloß weil mein Bursche mich nicht abbestellt hatte, um 12 Uhr mittags mit auf den Schießplatz wandern mußte, um eine unausführbare Lumperei nicht ausführen zu sehen – in solchen Fällen meld' ich mich krank, und zwar diesmal wegen Zahnschmerzen, wodurch ich mir einen Nachtmarsch und ein zweistündiges Exerzieren erspart habe. Heute muß ich mich leider wohl wieder gesund melden. Dabei geh' ich spazieren, wenn es mir beliebt, Berlin ist groß, und bei unserer Kompanie nur drei Offiziere, die mich kennen, die begegnen mir also höchstwahrscheinlich nicht, und das einzige wäre, wenn sie mir den Kompanie-Chirurgen zuschickten, das hat aber gute Wege und höchstens, wenn er mich nicht zu Hause träfe, würd' ich eine Nase besehen. Es soll wol egal sein! (...)

Ich esse meistens in einem „Rheinischen Restaurant“, in dem meine heimischen Leibgerichte zubereitet werden. Auf den Tisch kommen zu meiner Freude Sauerkraut und Schweinefleisch und die gute alte „Erpelsupp“. Jeden Sonnabend gibt es Reibekuchen und ein Köpken Koffe dazu. Zu meinem Bedauern gerät der „Panhas“ nicht, weil die hier in Berlin kein Buchweizenmehl haben. Deswegen können die auch keine „Pufferskuchen“ backen, wonach ich schon eine lange Zeit schmachte. In der Konditorei „Stehelely“ am Gendarmenmarkt haben wir einen weiteren Versammlungsort der Freien. Im dem von der Reaktion verschrieenem sogenannten „Roten Zimmer“ treffen wir uns zur Unterhaltung, zu Diskussionen und um die dort in großem Umfang vorhandenen Zeitungen und Zeitschriften zu studieren. Wir nennen den Raum auch unser Lesezimmer. Mein treuer Begleiter ist dabei ein hübscher junger Wachtelhund, der sich durch viel Talent zum Kneipen auszeichnet. Ich habe ihn von einem Barmer Bekannten bekommen und auf den Namen „Namenlos“ getauft. Eins habe ich ihm beigebracht, wenn ich ihm sage: Namenloser, das ist ein Aristokrat, so wird er grenzenlos wütend gegen den, den ich ihm zeige und knurrt scheußlich. Damit hast du jetzt genug Informationen. Ich muß noch an die Mutter schreiben.

Adieu.

Dein Bruder Friedrich

Berlin, 8. August 1842

